

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Schleswig-Holstein

Schleswig-Holsteinischer Landtag □
Umdruck 16/2922



Statement des GEW-Landesvorsitzenden **Matthias Heidn** zum Entwurf eines Lehrbildungsgesetzes der Landtagsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen

Wir dürfen die Lehrkräfte für Aufgaben von morgen nicht länger in den Strukturen von gestern ausbilden!

Deshalb verdient die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen ein Lob dafür, dass sie die Diskussion um die Lehrerbildung nach der Neufassung des Schulgesetzes durch die Große Koalition angestoßen hat. Aus der Sicht der GEW sind viele Punkte noch zu diskutieren. Einige Punkte werden von der GEW auch abgelehnt. Dennoch bildet der vorgelegte Gesetzentwurf eine gute Grundlage für eine sachliche Diskussion über die Weiterentwicklung der Lehrerbildung in Schleswig-Holstein.

Die GEW unterstützt vor allem folgende im Gesetzentwurf erkennbaren Leitlinien:

- die stärkere und frühere Verzahnung von Theorie und Praxis in der Ausbildung;
- die Schwerpunktsetzung in der Lehrerausbildung in den Bereichen Pädagogik, Psychologie und Didaktik;
- die Erweiterung der bisherigen Inhalte des Lehrerstudiums um wichtige Aspekte wie z.B. das Lernen in heterogenen Gruppen;
- die Einführung einer Stufenlehrausbildung verbunden mit dem Masterabschluss;
- den Bachelorabschluss für die Lehrkraft für die Elementarpädagogik.

Für die GEW sind einige Punkte mit der Veränderung der Lehrerbildung unabdingbar verknüpft:

- Die Besoldungseinstufung muss für alle Masterabschlüsse gleich sein und das Niveau der heutigen Gymnasiallehrkräfte (A 13 bzw. EG 13) haben.
- Eine neue schleswig-holsteinische Lehrerausbildung muss bundesweit anerkannt werden (Mobilität der Lehrkräfte).
- Der Einsatz von zusätzlichen Ressourcen (Personal, Zeit, Geld) für zusätzliche Aufgaben in den Hochschulen (zusätzliche Inhalte) und in den Schulen (erweiterte Betreuung) muss gewährleistet werden.
- Die Entlohnung der Assistant-Teacher und der Lehrkräfte im Einführungsjahr muss angemessen sein.

Für die GEW gibt es eine Reihe offener Fragen, z. B.:

- Ist der Verzicht auf ein Referendariat / Vorbereitungsdienst im herkömmlichen Sinn möglich?
- Wie lauten die Rahmenbedingungen für das postgraduale Studium zur Erlangung von Befähigungen für Leitungsfunktionen?
- Ist die Schwerpunktsetzung bei der Fort- und Weiterbildung richtig?

Die GEW lehnt bestimmte Vorschläge im Gesetzentwurf ab:

- Die GEW hält es für falsch, dass die Lehrkräfte für die Primarstufe ausdrücklich „nicht als Fachlehrkräfte ausgebildet“ werden sollen.
- Die GEW hält nichts von einer Fortbildungsverpflichtung „auch innerhalb unterrichtsfreier Zeiten“ ohne gleichzeitig die bereits jetzt zu lange Arbeitszeit und ihre Struktur zu diskutieren und zu verändern.
- Die GEW hat Bedenken, eine Verpflichtung zur Fortbildung zum Steuerungsinstrument für die Qualitätssicherung zu machen. Stattdessen sollte die grundlegend vorhandene Fortbildungsbereitschaft der Lehrkräfte durch Anreizsysteme unterstützt werden.